

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Kristian Ronneburg (LINKE)

vom 12. Januar 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 14. Januar 2026)

zum Thema:

Beschäftigtenwohnungen in Marzahn-Hellersdorf (II)

und **Antwort** vom 29. Januar 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 30. Jan. 2026)

Herrn Abgeordneten Kristian Ronneburg (LINKE)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/24815

vom 12.01.2026

über Beschäftigtenwohnungen in Marzahn-Hellersdorf (II)

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Zur Beantwortung der Schriftlichen Anfrage wurde das Bezirksamt Marzahn Hellersdorf und die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) um Zulieferung gebeten. Die Zulieferungen wurden im Wesentlichen übernommen.

1. Welche Pläne verfolgen Senat und Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf zur Schaffung von Beschäftigtenwohnungen zu bezahlbaren Mietpreisen im Bezirk?

Zu 1.:

Der Senat und der Bezirk Marzahn-Hellersdorf unterstützen Vorhaben zur Schaffung von Beschäftigtenwohnungen.

2. Welchen Status hat das angekündigte Konzept „zum Beschäftigtenwohnen“?

Zu 2.:

Das Konzept „Beschäftigtenwohnen“ befindet sich in einem fortgeschrittenen Umsetzungsstadium. Die Koordinierungsgruppe, bestehend aus der Senatsverwaltung für Finanzen, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen sowie der Senatskanzlei, arbeitet unter der Leitung der Senatsverwaltung für Inneres und Sport seit dem Senatsbeschluss vom 16. April 2024 kontinuierlich an der Weiterentwicklung und Umsetzung des Konzepts. Dem Senat wird im ersten Halbjahr eine Vorlage zur Weiterentwicklung des Beschäftigtenwohnens vorgelegt.

3. Welche Beschäftigten sollen von den Plänen ganz konkret profitieren?

Zu 3.:

Das Beschäftigtenwohnen richtet sich insbesondere an Berufseinsteiger, Auszubildende sowie Fachkräfte aus anderen Regionen. Eine Auswertung der Wohnraumbedarfsabfrage und der Fluktuations- sowie Personalbestandsberichte der Statistikstelle Personal bei der Senatsverwaltung für Finanzen zeigt, dass vor allem Berufseinsteiger auf mittlerer und gehobener Funktionsebene sowie Auszubildende die Hauptbedarfsgruppen darstellen.

Ein weiterer Fokus liegt auf Fachkräften aus anderen Regionen, um den Personalbedarf, insbesondere in den höheren Funktionsebenen, zu decken. Das Konzept des Beschäftigtenwohnens soll damit einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes leisten und den Herausforderungen des Fachkräftemangels entgegenwirken.

4. Werden Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr ebenfalls in das Beschäftigtenwohnen einbezogen? Wenn nein, warum nicht?

Zu 4.:

Grundsätzlich werden die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr im Rahmen des Beschäftigtenwohnens mitberücksichtigt. Vorrangig muss aber Wohnraum für die Nachwuchskräfte bei der Berliner Feuerwehr bereitgestellt werden. Die umfangreiche Versorgung mit Wohnraum für die Beschäftigten der Berliner Feuerwehr sowie für die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr stellt eine Herausforderung dar. Die Feuerwehr Berlin hat dazu vor drei Jahren eine entsprechende Wohnungsfürsorgestelle eingerichtet.

5. Welche Pläne werden verfolgt Wohnungen für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr in Marzahn-Hellersdorf zu schaffen?

Zu 5.:

Derzeit befindet sich ein Projekt im Bezirk Marzahn-Hellersdorf in der Planung. Konkrete Festlegungen zur Belegung sind jedoch abhängig von den Bedarfen der Hauptzielgruppen.

6. Wie ist der aktuelle Stand bzgl. der Pläne der BVG Beschäftigtenwohnungen am BVG-Betriebshof Marzahn (Landsberger Allee 546) zu schaffen? Gibt es mittlerweile eine abschließende Beurteilung, inwieweit eine Umsetzung von Beschäftigtenwohnungen planungsrechtlich möglich ist?
- Wie ist der aktuelle Stand bzgl. der Pläne der BVG Beschäftigtenwohnungen am Standort am U-Bahnhof Hönow zu schaffen? Gibt es dazu eine abschließende Beurteilung, inwieweit eine Umsetzung von Beschäftigtenwohnungen planungsrechtlich möglich ist?

Zu 6.:

Grundsätzlich befinden sich alle Maßnahmen zum Beschäftigtenwohnen derzeit noch in der Ideenphase, wobei die einzelnen Projekte unterschiedliche Reifegrade aufweisen. In der Vergangenheit hat die BVG erste Projektideen an den beiden Standorten Betriebshof Marzahn und am U-Bahnhof Hönow in dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf entwickelt. Diese werden vom Bezirk grundsätzlich unterstützt und sind insofern vorstellbar.

Am Standort U-Bahnhof Hönow erarbeitet die BVG derzeit eine Bauvoranfrage. Zuvor muss jedoch die Versetzung einer Trafostation geklärt werden.

Berlin, 29. Januar 2026

In Vertretung

Christian Hochgrebe
Senatsverwaltung für Inneres und Sport